

## Probleme lösen statt aufgeben

Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch beantragt vom Landtag mehr Geld für Radio L. Damit will er die Probleme langfristig lösen und dem Fass einen Boden geben. Das ist nicht der einfachste Weg.



Michael Winkler  
Parteisekretär

Bereits im Juni war der Unmut gross, als die Regierung einen Nachtragskredit für Radio L beim Landtag beantragen musste. Die Liste der Unzulänglichkeiten bei Radio L wurde über die letzten Jahre immer länger. Die Vorgänge jüngster Zeit täuschen aber über die Tatsache hinweg, dass das Radio seit jeher um seine Existenz kämpft.

Daniel Risch setzte nun unter anderem auch mit frischem Personal an, die Probleme zu beseitigen. Seine Ernsthaftigkeit und sein kritisches Vorgehen sah man bereits im letzten Jahr, als er den essenziellen Investitionsantrag zurückwies – weil dieser aufgrund fehler- und teilweiser mangelhafter Informationen und Abklärungen für ihn zu wenig gut war. Die detaillierten Prüfungen der letzten 18 Monate zeigen auch finanzielle Unregelmässigkeiten, die ihren Ursprung zum Teil weit in der Vergangenheit zu haben scheinen: die Suisa-Gebühren sowie die Mehrwertsteuer wurden vor dem Hintergrund des Landesbeitrages nicht korrekt abgeführt: wohl um für das Radio Geld zu sparen.

### Alles auf dem Tisch

Nach der Trennung vom neuen Geschäftsführer, der wohl nicht halten konnte, was man sich von ihm versprochen, kamen noch einmal neue Verbindlichkeiten zum Vor-



Während die einen Radio L für parteipolitische Zwecke instrumentalisieren, tritt Daniel Risch für eine nachhaltige Lösung ein. Foto: Daniel Schwendener

schein. Kurzum: Es war ein grosses Durcheinander angerichtet, über das der neu besetzte Verwaltungsrat sich erst einen Überblick verschaffen musste. Das braucht Zeit.

### Ist das Radio unterfinanziert?

Wahrlich: Es sieht so aus, als ob dieser Sender ein Fass ohne Boden ist. Diese Metapher wird auch von einigen Abgeordneten bemüht werden. Die Verantwortlichen haben Verbindlichkeiten unter dem Deckel gehalten, damit das Radio finanziell besser dasteht. Diese Hypotheken holen den Steuerzahler jetzt ein. Nun sagen die einen, man solle den Sender privatisieren, was einem Tod auf Raten gleichkäme. Denn dass ein privater Investor einen seit jeher

defizitären Sender übernimmt, ist eher unwahrscheinlich. Die Motion der DPL wird auch die kurzfristigen Probleme nicht lösen – solange es ein Gesetz gibt, muss der Staat nämlich ohnehin einspringen. Gegner der Motion argumentieren nachvollziehbar, dass das Radio nie wirklich über genügend Mittel verfügte, um vernünftig arbeiten zu können. Denn die Eigenfinanzierung von Radio L ist im internationalen Vergleich mit öffentlich-rechtlichen Sendern hoch. Das spricht für die gute Arbeit der Mitarbeiter. Dass am Ende die Einkünfte und die staatlichen Gelder nicht reichen, liegt augenscheinlich an einer chronischen Unterfinanzierung – das ist ein strukturelles Problem.

Daniel Risch hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Sender auf neue Beine zu stellen. Dazu gehört es auch, die Finanzierung des Senders so auszugestalten, dass er auf qualitativ gutem Niveau einen Mehrwert für die Hörer bietet und dadurch gleichzeitig auch mehr Werbeeinnahmen generieren kann.

Logisch: Die einfachere Variante wäre es, den Sender zuzusperren und zu versuchen, die notwendigen Dienste extern zu vergeben. Genauso wie es das Einfachste wäre, das Landesspital aufzugeben und sich bei den Nachbarn einzukaufen. Aufgeben ist immer das Einfachste. Gewinnen tut damit aber niemand. Daniel Risch wählt somit nicht den leichten Weg. Er bekennt sich zum Landessender und will einen Mehrwert für die Bevölkerung schaffen. Er will diesen Sender endlich in ruhigere Gefilde bringen. Als Wirtschaftsminister dürften ihm die knapp 30 Arbeitsplätze auch nicht egal sein, die mit einer Schliessung verloren gehen würden.

### Schädliches Vorgehen

Blickt man auf die persönlichen Schicksale der Mitarbeiter, die hinter dem Radio stehen und sich Tag für Tag für die Radiohörer ins Zeug legen, ist es ein blanker Hohn, dass vor allem die FBP-Fraktion nun versucht, Daniel Risch Fehler in der Oberaufsicht anzudichten. Zumal auch Regierungschef Adrian Hasler bereits ein klares Bekenntnis zu Radio L abgegeben hat. Dieses parteipolitische Vorgehen schadet der Koalition, der Regierung und nicht zuletzt vor allem dem Radio selbst. Das gibt zu denken. ■



Günther Fritz  
Parteipräsident

### Kommentar

## Landesspital: Erneut Pflasterli-Politik statt Weichenstellung

Die Pflasterli-Politik in der Frage der Zukunftssicherung des liechtensteinischen Landesspitals (LLS) wird von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini fortgesetzt. So sieht sich der Landtag in der November-Sitzung mit dem Regierungsantrag konfrontiert, dem Forderungsverzicht auf das per 1. Januar 2018 ausstehende Darlehen des Landesspitals in Höhe von 2,3 Mio. Franken sowie auf die Darlehensverzinsung 2018 zuzustimmen. Erst vor einem guten Jahr hat der Landtag den Notkredit für 2017 von 2,5 Mio. Franken zur Liquiditätssicherung genehmigt, damit das Landesspital nicht geschlossen werden musste. Für das Jahr 2018 wurden 1,5 Mio. gesprochen, für 2019 sollen es nochmals 0,5 Mio. Franken sein.

Angesichts des prognostizierten Defizits von 900 000 Franken für 2018 möchte Gesundheitsminister Pedrazzini mit dieser Bilanzbereinigung der drohenden Überschuldung des Landesspitals entgegenwirken. Ein positiver Landtagsbeschluss hätte zur Folge, dass das Eigenkapital des Landesspitals auf rund 2,4 Mio. Franken ansteigt. Dann würde es in die Lage versetzt, allfällige kleinere Verluste in Zukunft wiederum selbst zu tragen.

Dass die Fortsetzung dieser Pflasterli-Politik den Abgeordneten grundsätzlich sauer aufstösst, ist nachvollziehbar. Es ist höchste Zeit, dass ein klarer Richtungsentscheid des Landtags keine weiteren Notoperationen am Patienten Landesspital mehr notwendig macht. Das Landesspital braucht sowohl in infrastruktureller als auch finanzieller Hinsicht endlich vernünftige Rahmenbedingungen, um seinen Verpflichtungen als Dreh- und Angelpunkt der liechtensteinischen Grundversorgung in hoher Qualität nachkommen zu können.

Ursprünglich wollte Pedrazzini dem Landtag noch im zweiten Halbjahr 2018 die Fakten für die drei baulichen Zukunftsvarianten Umzug nach Bendorf, umfassende Renovation oder Neubau am bisherigen Standort in Vaduz liefern. Jetzt soll es «wohl Ende Februar 2019» werden. Das macht die Diskussion über die vorgeschlagene Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital nicht einfacher, weil es all jene wieder auf den Plan ruft, welche das Landesspital am liebsten ganz abschaffen oder ihm eine Nischenstrategie fernab vom Grundversorgungsauftrag verpassen wollen. Die rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesspitals hätten eine klare Weichenstellung für eine sichere Zukunft längstens verdient! ■

### Einladung

#### Herbstparty der Jugendunion

Mit einer Herbstparty sollen die jungen Menschen im Land zusammenfinden können. Am kommenden Samstag, 3. November, ist es so weit: Im Restaurant Rössle in Schaan kann man ab 20 Uhr in ungezwungener Atmosphäre einen trinken und bei guter Stimmung und guter Musik gemeinsam feiern. Der Eintritt ist frei und die erste Stunde der Party wird zudem als Happy Hour begangen – früh zu kommen, das lohnt sich also in diesem Fall. Als musikalische Umräumung ist «Des Wahnsinns fette Boite» am Start. Die Band formierte sich 2010 aus vier Musikern, die sich alle bereits von früheren Projekten her kannten. Mic, Martin, und Pascal entwickelten rasch ihren eigenen Stil. Die Jugendunion lädt alle ins Rössle in Schaan ein, die einen gemütlichen Partyabend bei guter Musik geniessen wollen.

## VU bringt ein starkes Team für Balzers

Am 29. November nominiert die VU Balzers ihre Gemeinderatskandidaten.

Die VU-Ortsgruppe Balzers freut sich auf die Gemeinderatswahlen 2019. Die Vorgaben an Qualität und Quantität der Kandidaten wurden bereits erfüllt. Die Nomination findet am 29. November statt. Die Ortsgruppe der Vaterländischen Union in Balzers wird am Donnerstag, 29. November, ein starkes und ausgewogenes Team für den Gemeinderatswahlkampf 2019 nominieren. Der Leitspruch «Klar für Balzers. Überzeugend und zielsicher» überträgt sich auch auf die Kandidaten. «Sie alle wollen Balzers wieder vorwärts bringen. Mit Vorsteherkandidat Günter Vogt an der Spitze soll gestaltet statt verwaltet werden», erklärt der Ortsgruppenvorsitzende Marco Büchel.



Marco Büchel, Ortsgruppenvorsitzender der VU Balzers. Foto: Archiv

### Perfekte Mischung für Balzers

Das Team für die Gemeinderatswahlen wird aus bisherigen und neuen Kandidaten bestehen und mit einem ausgewogenen Frauenanteil an der Nominationsversammlung vorgestellt werden. «Drei bisherige Gemeinderäte konnten für eine neuerliche Kandidatur gewonnen werden. Neue und starke Persönlichkeiten ergänzen das Kandidatenteam hervorragend», ist sich Büchel sicher. Die Nominationsversammlung findet am Donnerstag, 29. November, um 18.30 Uhr im kleinen Gemeindesaal in Balzers statt. «Wir freuen uns auf viele Gäste und eine Aufbruchstimmung. Wir sind «Klar» für Balzers!», erklärt ein motivierter Marco Büchel. ■